

Freitag, 9. November 2007

Schule strebt nach Harmonie

Bildungsraum Die Nordwestschweizer Bildungsdirektoren wollen Staatsvertrag

Der Bildungsraum Nordwestschweiz rückt einen Schritt näher. Baselland, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau wollen in einem Jahr den entsprechenden Staatsvertrag öffentlich zur Diskussion stellen.

JÜRIG GOHL, MARTIN SCHÜTZ

Trotz verschiedener Einwände sind die vier Nordwestschweizer Bildungsdirektoren bestrebt, vorwärts zu machen mit einem gemeinsamen Bildungsraum. Nachdem bei Parteien und verschiedenen Fach- und Interessenverbänden detaillierte Stellungnahmen eingeholt und ausgewertet worden sind, beschliessen die Regierungsräte Urs Wüthrich (BL), Christoph Eymann (BS), Klaus Fischer (SO) und Rainer Huber (AG), ihren jeweiligen Kantonsregierungen schmackhaft zu machen, einen Staatsvertrag für einen Bildungsraum Nordwestschweiz auszuarbeiten. «Die Konsultationen haben uns bestärkt, dass wir auf dem richtigen Weg sind», sagte gestern Urs Wüthrich.

Das Fazit des Quartetts: «Ein gemeinsamer Bildungsraum wird grösstenteils befürwortet», schreiben sie in einer gemeinsamen Mitteilung. Von den 32 im Baselbiet befragten Verbänden äusserten sich einzig die Grünen und der VPOD eher negativ zum Vorhaben.

Ende der fünf Primarschuljahre

– Folgenden Zeitplan haben sie sich gesetzt: Erst besprechen sich die vier Erziehungsdirektoren nun mit Lehrerverbänden und der interparlamentarischen Kommission. Ende Januar 2008 sollen die vier Nordwestschweizer Gesamtregierungen dem Vorhaben ihrer Bildungsdirektoren zustimmen, einen Staatsvertrag aufzusetzen.

Dieser soll danach entworfen und im Herbst 2008 in die Vernehmlassung gegeben werden. Darin werden auch die bereits angemeldeten Vorbehalte berücksichtigt. Im Mittelpunkt dieses Zusammengehens, das als eine Vorstufe



MOBIL Die verschiedenen Schulsysteme sollen in der Nordwestschweiz nicht länger Mobilitätsbarrieren bilden (im Bild Regierungsrat Urs Wüthrich bei einem Schulbesuch in Pfeffingen). NICOLE NARS-ZIMMER

zur landesweiten Harmonisierung der Schulsysteme zu betrachten ist, stehen die inhaltlichen Ziele, weniger die strukturellen, wird betont.

Allerdings kommt das Baselbieter Schulsystem nicht darum herum, von den derzeit fünf auf sechs Primarschuljahre umzustellen und dafür die Sekundarstufe zu verkürzen. Darauf haben sich die Schweizer Bildungsdirektoren bereits im Sommer geeinigt. Umgekehrt bleibt dem Baselbiet die Möglichkeit offen, die Sekundarstufe weiterhin mit drei Niveaus anzubieten.

Wüthrich wollte sich gestern Abend noch nicht zu solchen Entscheiden äussern, da diese erst am 17. Dezember der Öffentlichkeit

und der Gesamtregierung vorgelegt werden. Doch aus Wüthrichs Zuversicht lässt sich unschwer ablesen, dass das Baselbieter System nicht umgekrempelt werden muss. Gegenwärtig besuchen 40 Prozent der Jugendlichen das Niveau P und je 30 Prozent die Niveaus A und E. Eine Niveau-Reduktion würde damit massiv ins jetzige Gefüge eingreifen.

Umgekehrt dürfte dem Kanton Aargau zugestanden werden, bei den Frühfremdsprachen sein Sonderzüglein zu fahren und mit Frühenglisch zu beginnen, während die drei Partner auf Frühfranzösisch setzen. Auf grosse Ablehnung stiess das Begabtenförderpro-

gramm «Bereichern und Beschleunigen». Es gewichte die individuelle Förderung zu stark, lautet der Tenor im Fazit der Stellungnahmen aus dem Baselbiet zu diesem Punkt.

Urs Wüthrichs basel-städtischer Amtskollege, Regierungsrat Christoph Eymann, war wegen einer Sitzung nicht erreichbar. Mit der Schaffung eines Bildungsraumes Nordwestschweiz nicht einverstanden zeigten sich am Rheinknie die Lehrpersonen der Basler Kindergärten und der Primarschule, die Schulen von Bettingen und Riehen sowie die Gewerkschaft Erziehung. Sie befürchten den Verlust der Mitspracherechte in den einzelnen Kantonen.